

Deutsche Wohnungsbau- und Siedlungs-Aktiengesellschaft in Berlin.

Gegründet: 13./4. 1929; eingetr. 10./5. 1929.

Zweck: Herstell. u. Bewirtschaft. von Wohnungen u. Siedlungshäusern u. Beteiligung an ähnlichen Unternehmungen.

Kapital: RM. 100 000 in 100 Akt. zu RM. 1000, übern. von den Gründern zu pari.

Geschäftsjahr: ? **Gen.-Vers.** im I. Geschäftshalb. **Stimmrecht:** 1 Akt. = 1 St.

Vorstand: Dr. Helmuth Sticherling, Berlin (aus dem A.-R. delegiert).

Aufsichtsrat: Prof. Dr.-Ing. Eduard Jobst Siedler, B.-Zehlendorf; Magistratsbaurat i. R. Paul Klar, B.-Wilmsdorf; Wilhelm Schier, Dr. Helmuth Sticherling, Berlin.

Zahlstelle: Ges.-Kasse.

„Dewog“ Deutsche Wohnungsfürsorge Akt.-Ges. für Beamte, Angestellte u. Arbeiter, Berlin S 14, Wallstr. 58.

Gegründet: 14./3. 1924; eingetr. 5./9. 1924. Zweigniederl. in Breslau, Hamburg, Dresden, Bochum u. Weimar.

Zweck: Die Ges. verfolgt ausschliesslich gemeinnützige Zwecke u. hat zum Gegenstand die Förder. des Wohnungswesens durch Beschaffung gesunder u. zweckmässig eingerichteter Wohn. für Beamte, Angestellte u. Arbeiter. Die Tätigkeit der Ges. erstreckt sich über das Deutsche Reich. Im besonderen hat sich die Ges. zur Aufgabe gestellt: 1. Die Vertretung der Interessen der Minderbemittelten, insbesondere der Beamten, Angestellten u. Arbeiter, gegenüber den Organen des Reiches, der Länder u. Gemeinden in allen Angelegenheiten des Wohnungs- u. Siedlungswesens. 2. Die Förderung der Gemeinwirtschaft im Wohnungs- u. Siedlungswesen. 3. Die Beteiligung an bezirklichen u. örtlichen gemeinnützigen Bauvereinigungen u. solchen Bauunternehmungen, die den Zwecken der Kleinwohnungsfürsorge für die minderbemittelten Volkskreise dienen. 4. Die Förderung aller Bauvorhaben für Minderbemittelte, insbesondere für die Beamten, Angestellten u. Arbeiter, sowie deren Verwertung unter Ausschluss jeder gewinnstüchtigen Ausnutzung; gegebenenfalls soll die Herstellung u. Verwertung solcher Bauvorhaben auch auf eigene Rechnung erfolgen. 5. Die Beschaffung u. Erschliessung von Baugelände für Kleinwohnungszwecke sowie dessen Veräusserung u. Vergebung zum Erbbaurecht. 6. Die Beschaffung von Baukapital durch Vermittlung von Hypotheken u. Zwischenkrediten, die Aufnahme zentraler Anleihen, die Beschaffung von Bürgschaften u. Baukostenzuschüssen, die Organisation von Kapitalien, die zum Zwecke des Wohnungsbaues gespart werden. 7. Die Bearbeitung von Bau- u. Siedlungsplänen sowie die Förderung der Normalisierung u. Typisierung des Kleinwohnungsbaues. 8. Die Vermittlung u. Beschaffung von Baustoffen u. Bauteilen aller Art sowie die Beschaffung von Hausrat. 9. Die Unterstützung gemeinnützig arbeitender Betriebe der Bauausführung u. Baustoffherzeugung zur Förderung der Bauerbilligung. 10. Die Durchführung besonderer Massnahmen der Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien.

Im April 1928 Umtausch von Aktien der „Gewobag“ Gemeinnützige Wohnungsbau A.-G. Hessen u. Hessen-Nassau in Frankfurt a. M. im Verh. 1:1 in Aktien der „Dewog“.

Tochtergesellschaften: Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Schleswig-Holstein G. m. b. H., Altona; Märkischer Wohnungsbau G. m. b. H., Berlin; Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Braunschweig G. m. b. H., Braunschweig; AfA-Wohnungsbaugesellschaft m. b. H., Bremen; „Gewog“ Gemeinnützige Wohnungs- und Heimstättengesellschaft für Arbeiter, Angestellte und Beamte m. b. H., Dresden; Gemeinnütziger Bauverein Aktiengesellschaft, Essen; „Gewobag“ Gemeinnützige Wohnungsbau Aktiengesellschaft, Hessen u. Hessen-Nassau, Frankfurt a. M.; Oberschlesischer Kleinwohnungsbau G. m. b. H., Gleiwitz; Gemeinnützige Hausbau-Gesellschaft m. b. H., Hamburg; Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Harburg-Wilhelmsburg G. m. b. H., Harburg; Ostdeutsche Spar- und Bau-Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, „Osba“, Königsberg i. Pr.; Miwo Mitteldeutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft m. b. H., Leipzig; Dewog Deutsche Wohnungsfürsorge für Beamte, Angestellte u. Arbeiter, Bezirksgesellschaft Rheinland-Westfalen m. b. H., Essen.

Kapital: RM. 1 375 000 in 1375 Nam.-Aktien zu RM. 1000. Urspr. RM. 500 000 in 50 Nam.-Aktien zu M. 1000, übernommen von den Gründern zu pari; erhöht lt. G.-V. v. 15./7. 1927 u. 3./11. 1927 um RM. 350 000 durch Ausgabe von 350 Nam.-Akt. zu RM. 1000, ausgegeben zu 100%. Zwecks Zusammenfassung mehrerer Tochterges. beschloss die G.-V. v. 26./10. 1928 Erhöh. auf RM. 1 000 000 durch Ausgabe von 600 Nam.-Akt. zu RM. 1000. Die neuen Akt. wurden zum grössten Teil vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Allgemeinen freien Angestelltenbund u. Allgemeinen Deutschen Beamtenbund u. den ihnen angeschlossenen Verbänden übernommen. Der Rest wurde von einigen örtlichen Gewerkschaftsverbänden eingezahlt. Die G.-V. v. 27./11. 1929 beschloss Erhöh. des A.-K. um bis RM. 2 000 000 auf bis zu RM. 3 000 000. Angesichts der verschlechterten Wirtschaftslage hat sich die Erhöh. nicht als voll durchführbar erwiesen. Immerhin sind Aktien im Betrage von rd. RM. 375 000 übernommen worden. Die G.-V. v. 8./12. 1931 beschloss daher, die Erhöh. nicht als gescheitert zu betrachten, sondern den Beschluss dahin